



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Präsident des Deutschen Bundestages
– Parlamentssekretariat –
Reichstagsgebäude
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 14. August 2018

BETREFF **Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion DIE LINKE.**

**Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste und zweite Quartal
2018 - Schwerpunktfragen zur Asylverfahrensdauer**

BT-Drucksache 19/3507

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte
Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Helmut Teichmann

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a. und der Fraktion DIE LINKE.

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste und zweite Quartal 2018 –
Schwerpunktfragen zur Asylverfahrensdauer

BT-Drucksache 19/3507

Vorbemerkung der Fragesteller:

Ein behördliches Asylverfahren in Deutschland dauerte im Jahr 2017 nach offiziellen Angaben durchschnittlich 10,7 Monate, im Jahr 2016 waren es 7,1 Monate (vgl. Bundestagsdrucksache, 19/1631 und 18/11262). Asylsuchende aus Russland und Somalia mussten 2017 sogar über 14 Monate auf eine Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) warten. Die realen Asylverfahrensdauern lagen noch einmal über diesen Werten, denn die Wartezeit vom ersten Asylgesuch bis zur formellen Asylantragstellung wird nicht erfasst; 2017 lagen im Durchschnitt 4,2 Monate zwischen Einreise und Asylantragstellung, wobei das erste Asylgesuch nicht immer direkt nach der Einreise gestellt worden sein muss. Am 12. Juli 2018 entschied das Bundesverwaltungsgericht, dass Asylsuchende Untätigkeitsklage gegenüber dem BAMF erheben können, wenn über ihren Antrag nicht innerhalb von drei Monaten entschieden worden ist – im konkreten Fall war diese auch zulässig, nachdem eine afghanische Asylsuchende auch 22 Monate nach ihrem Asylantrag noch nicht einmal angehört worden war (BVerwG 1 C 18.17). Während Dublin-Verfahren zuletzt deutlich schneller verliefen (1,7 Monate im vierten Quartal 2017, Bundestagsdrucksache 19/1931, Antwort zu Frage 2), verlängerte sich ausgerechnet die durchschnittliche Verfahrensdauer bei unbegleitet minderjährigen Flüchtlingen auf 13,6 Monate (ebd., Antwort zu Frage 1).

Der Anstieg der durchschnittlichen Verfahrensdauer kann unter anderem damit erklärt werden, dass 2017 viele Asylverfahren entschieden wurden, die zunächst zurückgestellt worden waren. Angaben der Bundesregierung über durchschnittliche Asylverfahrensdauern von etwa zwei Monaten (so z.B. der ehemalige Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière, dpa vom 16. Juni 2017) weichen von den genannten Durchschnittswerten ab, weil länger andauernde Verfahren dabei unberücksichtigt bleiben. Eine Zeit lang wurden Angaben zur Verfahrensdauer „am aktuellen Rand“ gemacht, dies bezog sich nur auf Verfahren, die in den letzten sechs Monaten eröffnet und zugleich abgeschlossen worden waren. Diese Angaben zu aktuellen Bearbeitungszeiten wurden zwischenzeitlich abgelöst durch Angaben zur „Verfahrensdauer Neuverfahren“ (vgl. Bundestagsdrucksache 18/13472, Antworten zu Fragen 10 und 11), die auf Verfahren mit einer Asylantragstellung ab 1. Januar 2017 begrenzt sind. Auch bei einer solchen Betrachtung werden von vornherein überlange Verfahren nicht berücksichtigt (Ende Februar 2018 waren 11.370 Verfahren seit mehr als 15 Monaten anhängig, Bundestagsdrucksache 19/1931, Antwort zu Frage 5). Je länger der Stichtag des 1. Januar 2017 zurückliegt, umso länger werden auch die durchschnittlichen Verfahrensdauern bei so genannten Neuverfahren (bis Ende Februar 2018 war ein Anstieg auf 2,9 Monate feststellbar, Bundestagsdrucksache 19/1631, Antwort zu Frage 24).

Die Verwendung der „aktuellen Bearbeitungszeiten“ lässt sich nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller vor allem damit erklären, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung, die durchschnittliche Asylverfahrensdauer auf maximal drei Monate zu verkürzen, nicht einhalten konnte (vgl. <http://www.migazin.de/2017/01/13/schoenrechnerei-ex-bamf-chef-weise/>). Auf dem „Flüchtlingsgipfel“ vom Herbst 2015

(https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2015/09/2015-09-24-bund-laender-fluechtlinge-beschluss.pdf?__blob=publicationFile) hatte sich der Bund dazu verpflichtet, „Asylverfahren trotz steigender Antragszahlen auf durchschnittlich drei Monate zu verkürzen“; unter Beachtung einer verkürzten Wartezeit bis zur Asylantragstellung sollte insgesamt „eine Verkürzung des Verfahrens bis zur Entscheidung des BAMF auf maximal fünf Monate im Jahr 2016 erreicht werden“ (Punkt 4.10.). Obwohl das Wort „Neuverfahren“ in dem Beschluss vom 24. September 2015 nicht vorkommt, behauptet die Bundesregierung, dass sich diese Vereinbarung nur auf Neuverfahren bezogen habe (Bundestagsdrucksache 18/13472, Antwort zu Frage 15). Dies ergibt nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller aber keinen Sinn, weil die Verfahrensdauer am „aktuellen Rand“ Mitte 2015 bereits 1,7 Monate betrug (s.o.), so dass die vermeintliche Zielvereinbarung für das Jahr 2016 bei der Beschlussfassung im Herbst 2015 bereits mehr als erreicht gewesen wäre. Zudem musste das Ziel durchschnittlich dreimonatiger Verfahrensdauern (fünf Monate inklusive der Wartezeit bis zur Antragstellung) für das Jahr 2016 im Herbst 2015 als erreichbar erscheinen, da die durchschnittliche Bearbeitungsdauer damals (im dritten Quartal 2015) bei 5,2 Monaten lag (vgl. Bundestagsdrucksache 18/6860, Antwort zu Frage 4). In einer schriftlichen Vereinbarung vom 3. März 2016 zwischen dem Bundesministerium des Innern und dem damaligen Leiter des BAMF, Frank-Jürgen Weise, war entsprechend das Ziel vereinbart worden, die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von der ersten Registrierung bis zum Bescheid im Jahr 2016 auf durchschnittlich fünf Monate zu senken, bei neuen Anträgen auf unter drei Monate (Bundestagsdrucksache 19/185, Antwort zu Frage 16).

Obwohl die Einführung beschleunigter Asylverfahren ein inhaltlicher Schwerpunkt des Asylpakets II war, konnte die Bundesregierung auf Anfrage zu den Erfahrungen mit dieser Neuregelung zunächst keinerlei konkrete Angaben machen (vgl. Antwort zu Frage 4i auf Bundestagsdrucksache 18/12623). Nachfragen ergaben, dass in den Außenstellen Manching und Bamberg, in denen auch beschleunigte Asylverfahren nach §30a Asylgesetz bearbeitet werden, die durchschnittliche Verfahrensdauer mit 8,9 bzw. 7,6 Monaten im zweiten Halb-jahr 2016 und 12,9 bzw. 9 Monaten im ersten Halbjahr 2017 (Antwort zu Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 18/13472) nicht merklich kürzer bzw. sogar noch länger war als im bundesweiten Durchschnitt. Auf weitere Nachfrage antwortete die Bundesregierung dann, dass 40 Prozent aller beschleunigten Asylverfahren nach §30a AsylG innerhalb von zehn Kalendertagen entschieden würden (Bundestagsdrucksache 19/185, Antwort zu Frage 7). Dem Gesetz nach muss eine Entscheidung in beschleunigten Asylverfahren allerdings „innerhalb einer Woche“ erfolgen (§30a Absatz 2 Satz 1 AsylG), d.h. offenkundig werden die meisten der als beschleunigte Asylverfahren begonnenen Verfahren als reguläre Asylverfahren fortgeführt (vgl. §30a Absatz 2 Satz 2 AsylG). Der weitere Aufenthalt in so genannten besonderen Aufnahmeeinrichtungen ist in diesen Fällen entsprechend §30a Abs. 3 Satz 1 AsylG nicht mehr verpflichtend (so auch das Bayerische Verwaltungsgericht München in einem Einzelfall: Beschluss vom 8. Januar 2018, M 3 E 17.5029, S. 14f). Zuletzt gab die Bundesregierung bekannt, dass in nur 188 von 1.675 beschleunigten Asylverfahren des Jahres 2017 eine Entscheidung innerhalb der gesetzlichen Wochenfrist getroffen werden konnte – wobei hier die Verfahrensdauern für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten in den BAMF-Standorten Manching und Bamberg als Dauer beschleunigter Asylverfahren gewertet wurden, zu denen nach wie vor keine gesonderte Statistik vorliege (Bundestagsdrucksache 19/1631, Antworten zu Frage 7 und 8).

Frage 1:

Wie lang war in Asylverfahren die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im ersten bzw. zweiten Quartal 2018 bzw. aktuell (bitte, auch im Folgenden, jeweils gesondert angeben), wie lang war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung (d.h. inklusive eines Gerichtsverfahrens, soweit vorliegend) und wie lang war die durchschnittliche Bearbeitungszeit bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen in diesen Zeiträumen bis zu einer behördlichen bzw. rechtskräftigen Entscheidung (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Erst- und Folgeanträgen differenzieren)?

Antwort zu Frage 1:

Die Angaben können - soweit vorliegend - den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten | |
|---|------|
| 1. Quartal 2018 | |
| Herkunftsländer gesamt | 9,2 |
| darunter: | |
| Syrien | 5,5 |
| Irak | 6,4 |
| Nigeria | 11,9 |
| Afghanistan | 13,3 |
| Iran | 8,1 |
| Türkei | 6,9 |
| Georgien | 4,3 |
| Eritrea | 7,9 |
| Somalia | 10,7 |
| Ungeklärt | 13,3 |
| Russische Föderation | 15,9 |
| Guinea | 7,9 |
| Pakistan | 12,9 |
| Gambia | 17,0 |
| Armenien | 8,8 |

| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten | |
|---|-----|
| 1. Quartal 2018 | |
| Gesamt | 9,2 |
| davon | |
| Erstanträge | 9,3 |
| Folgeanträge | 8,3 |

| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten | |
|---|------|
| 2. Quartal 2018 | |
| Herkunftsländer gesamt | 7,3 |
| darunter: | |
| Syrien | 5,0 |
| Irak | 5,8 |
| Nigeria | 7,2 |
| Afghanistan | 10,2 |
| Iran | 6,0 |
| Türkei | 5,6 |
| Eritrea | 5,5 |
| Somalia | 9,7 |
| Ungeklärt | 8,5 |
| Russische Föderation | 13,0 |
| Georgien | 4,0 |
| Guinea | 6,5 |
| Pakistan | 11,7 |
| Aserbajdschan | 5,8 |
| Albanien | 3,3 |

| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten | |
|---|-----|
| 2. Quartal 2018 | |
| Gesamt | 7,3 |
| davon | |
| Erstanträge | 7,4 |
| Folgeanträge | 6,8 |

| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in Monaten | |
|--|------|
| Jahr 2017 | |
| Herkunftsländer gesamt | 13,2 |
| darunter: | |
| Syrien | 10,1 |
| Afghanistan | 14,1 |
| Irak | 11,0 |
| Iran | 12,9 |
| Eritrea | 10,4 |
| Somalia | 17,2 |
| Albanien | 10,9 |
| Pakistan | 19,7 |
| Russische Föderation | 21,2 |
| Nigeria | 18,7 |
| Serbien | 14,2 |
| Ungeklärt | 14,2 |
| Mazedonien | 11,1 |
| Kosovo | 14,2 |
| Türkei | 13,2 |

| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in Monaten | |
|--|------|
| Jahr 2017 | |
| Gesamt | 13,2 |
| davon | |
| Erstanträge | 13,2 |
| Folgeanträge | 13,3 |

| 1. Quartal 2018 | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylersanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten |
|------------------------|--|
| Herkunftsländer gesamt | 11,9 |
| darunter: | |
| Afghanistan | 15,8 |
| Somalia | 6,9 |
| Syrien | 14,0 |
| Guinea | 6,7 |
| Irak | 11,9 |
| Eritrea | 7,7 |
| Gambia | 7,7 |
| Äthiopien | 10,7 |
| Pakistan | 13,2 |

| | |
|--------------------------------|-----|
| Ungeklärt | 9,7 |
| Iran | 8,7 |
| Elfenbeinküste (Cote d Ivoire) | 7,1 |
| Marokko | 4,6 |
| Sierra Leone | 7,5 |
| Nigeria | 9,1 |

| | |
|--------------------------------|--|
| 2. Quartal 2018 | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylersanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten |
| Herkunftsländer gesamt | 8,3 |
| darunter: | |
| Afghanistan | 12,0 |
| Somalia | 6,7 |
| Syrien | 10,1 |
| Guinea | 5,9 |
| Irak | 6,7 |
| Eritrea | 4,5 |
| Gambia | 6,4 |
| Äthiopien | 7,8 |
| Sudan (ohne Südsudan) | 6,7 |
| Elfenbeinküste (Cote d Ivoire) | 4,7 |
| Albanien | 5,6 |
| Algerien | 3,6 |
| Sierra Leone | 6,1 |
| Nigeria | 9,1 |
| Ungeklärt | 9,9 |

| | |
|---|------|
| Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylersanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in Monaten | |
| Jahr 2017 | |
| Herkunftsländer gesamt | 13,3 |
| darunter: | |
| Afghanistan | 14,9 |
| Syrien | 13,8 |
| Irak | 12,8 |
| Eritrea | 8,7 |
| Somalia | 10,9 |
| Guinea | 8,2 |
| Ungeklärt | 12,8 |
| Äthiopien | 12,7 |

| | |
|------------|------|
| Staatenlos | 14,3 |
| Iran | 12,7 |
| Pakistan | 12,2 |
| Gambia | 12,2 |
| Albanien | 12,7 |
| Nigeria | 9,0 |
| Marokko | 9,0 |

Frage 2:

Wie lang war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Dublin-Verfahren (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 2:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

| 1.Quartal 2018 | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Dublin-Verfahren in Monaten |
|------------------------|--|
| Herkunftsländer gesamt | 1,6 |
| darunter: | |
| Syrien | 1,5 |
| Irak | 1,3 |
| Nigeria | 1,4 |
| Afghanistan | 1,2 |
| Iran | 2,1 |
| Türkei | 1,8 |
| Georgien | 1,0 |
| Eritrea | 1,4 |
| Somalia | 1,4 |
| Ungeklärt | 1,4 |
| Russische Föderation | 1,8 |
| Guinea | 1,4 |
| Pakistan | 1,6 |
| Gambia | 1,2 |
| Armenien | 2,2 |

| 2.Quartal 2018 | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Dublin-Verfahren in Monaten |
|------------------------|--|
| Herkunftsländer gesamt | 1,5 |
| darunter: | |
| Syrien | 1,8 |
| Irak | 1,4 |
| Nigeria | 1,2 |
| Afghanistan | 1,0 |
| Iran | 2,0 |
| Türkei | 1,7 |
| Eritrea | 1,9 |
| Somalia | 1,2 |
| Ungeklärt | 1,4 |
| Russische Föderation | 1,2 |
| Georgien | 1,0 |
| Guinea | 1,3 |
| Pakistan | 1,6 |
| Aserbajdschan | 2,1 |
| Albanien | 1,2 |

Frage 3:

Wie lang war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung, wenn Asylverfahren getrennt danach betrachtet werden, ob sie in so genannten Ankunftszentren, in Entscheidungszentren, in den Außenstellen oder der Zentrale entschieden wurden (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Antwort zu Frage 3:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

| 1.Quartal 2018 | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einem Ankunftszentrum entschieden wurden - in Monaten |
|----------------|--|
| Gesamt | 8,1 |
| darunter: | |
| Syrien | 4,5 |
| Irak | 5,8 |
| Nigeria | 12,4 |
| Afghanistan | 13,4 |
| Iran | 6,3 |

| | |
|----------------------|------|
| Türkei | 5,6 |
| Georgien | 3,4 |
| Eritrea | 7,1 |
| Somalia | 10,0 |
| Ungeklärt | 13,4 |
| Russische Föderation | 14,4 |
| Guinea | 6,9 |
| Pakistan | 10,7 |
| Gambia | 21,1 |
| Armenien | 9,3 |

| | |
|----------------------|---|
| 2.Quartal 2018 | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einem Ankunfts-zentrum entschieden wurden - in Monaten |
| Gesamt | 7,1 |
| darunter: | |
| Syrien | 4,1 |
| Irak | 5,6 |
| Nigeria | 7,6 |
| Afghanistan | 10,4 |
| Iran | 6,2 |
| Türkei | 5,2 |
| Eritrea | 5,3 |
| Somalia | 10,7 |
| Ungeklärt | 9,0 |
| Russische Föderation | 11,8 |
| Georgien | 2,9 |
| Guinea | 8,2 |
| Pakistan | 10,2 |
| Aserbaidshjan | 9,5 |
| Albanien | 2,8 |

| | |
|----------------|--|
| 1.Quartal 2018 | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einem Ent-scheidungszentrum entschieden wurden in Monaten |
| Gesamt | 13,2 |
| darunter | |
| Syrien | 7,0 |
| Irak | 8,7 |
| Nigeria | 17,2 |

| | |
|----------------------|------|
| Afghanistan | 17,3 |
| Iran | 12,6 |
| Türkei | 15,5 |
| Georgien | 6,5 |
| Eritrea | 6,9 |
| Somalia | 18,3 |
| Ungeklärt | 11,6 |
| Russische Föderation | 2,6 |
| Guinea | 14,4 |
| Pakistan | 18,1 |
| Gambia | 18,9 |
| Armenien | 32,7 |

| | |
|----------------------|---|
| 2.Quartal 2018 | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einem Entscheidungszentrum entschieden wurden in Monaten |
| Gesamt | 9,7 |
| darunter | |
| Syrien | 6,3 |
| Irak | 8,1 |
| Nigeria | 14,9 |
| Afghanistan | 15,4 |
| Iran | 11,0 |
| Türkei | 0,0 |
| Eritrea | 5,2 |
| Somalia | 19,3 |
| Ungeklärt | 8,2 |
| Russische Föderation | 5,9 |
| Georgien | 11,9 |
| Guinea | 11,2 |
| Pakistan | 18,5 |
| Aserbajdschan | 4,5 |
| Albanien | 11,8 |

| | |
|----------------|--|
| 1.Quartal 2018 | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einer Außenstelle oder der Zentrale entschieden wurden in Monaten |
| Gesamt | 9,2 |
| darunter: | |
| Syrien | 10,5 |
| Irak | 7,9 |

| | |
|----------------------|------|
| Nigeria | 17,0 |
| Afghanistan | 8,4 |
| Iran | 44,8 |
| Türkei | 29,6 |
| Georgien | 11,8 |
| Eritrea | 21,1 |
| Somalia | 34,6 |
| Ungeklärt | 16,2 |
| Russische Föderation | 12,6 |
| Guinea | 3,7 |
| Pakistan | 29,9 |
| Gambia | 7,0 |
| Armenien | 7,3 |

| | |
|----------------------|--|
| 2. Quartal 2018 | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einer Außenstelle oder der Zentrale entschieden wurden in Monaten |
| Gesamt | 7,1 |
| darunter: | |
| Syrien | 7,3 |
| Irak | 5,3 |
| Nigeria | 7,4 |
| Afghanistan | 9,1 |
| Iran | 23,1 |
| Türkei | 17,4 |
| Eritrea | 9,6 |
| Somalia | 39,4 |
| Ungeklärt | 17,5 |
| Russische Föderation | 4,2 |
| Georgien | 5,1 |
| Guinea | 5,0 |
| Pakistan | 34,8 |
| Aserbaidschan | 8,7 |
| Albanien | 5,9 |

Frage 4:

Wie lang war in den genannten Zeiträumen die durchschnittliche Dauer bis zur Anhörung der Asylsuchenden, wie lang die durchschnittliche Dauer nach der Anhörung bis zur be-

hördlichen Entscheidung (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren und die absolute Zahl der Entscheidungen in den jeweiligen Einrichtungen nennen)?

Antwort zu Frage 4:

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

| 1. Quartal 2018 | Antragstellung bis Anhörung | Anhörung bis Entscheidung |
|----------------------|-----------------------------|---------------------------|
| Gesamt (in Monaten) | 4,3 | 4,9 |
| davon | | |
| Syrien | 2,6 | 3,8 |
| Irak | 2,7 | 4,6 |
| Nigeria | 3,4 | 5,5 |
| Afghanistan | 8,8 | 6,5 |
| Iran | 2,7 | 4,5 |
| Türkei | 1,6 | 4,3 |
| Georgien | 1,2 | 2,3 |
| Eritrea | 4,3 | 4,1 |
| Somalia | 5,6 | 4,9 |
| Ungeklärt | 5,8 | 9,2 |
| Russische Föderation | 9,1 | 7,6 |
| Guinea | 4,4 | 3,5 |
| Pakistan | 7,3 | 5,5 |
| Gambia | 10,8 | 4,3 |
| Armenien | 6,1 | 5,2 |

Folgende Zahlen beziehen sich auf Entscheidungen, bei denen eine Anhörung durchgeführt wurde:

| 1. Quartal 2018 Organisationseinheit | Anzahl Personen (Anhörung-Entscheidungen) |
|---|---|
| Gesamt | 33.600 |
| davon | |
| Entscheidungszentrum Ost | 3.044 |
| DU 6 Bayreuth | 2.853 |
| DU 5 Dortmund | 2.115 |
| AS Zirndorf | 1.549 |
| AZ Gießen - Offenbach | 1.375 |
| AZ Gießen | 1.104 |
| AS Dortmund | 945 |
| AS München | 816 |

| | |
|------------------------------|-----|
| AZ Bielefeld | 797 |
| AZ Halberstadt | 760 |
| AZ Münster | 665 |
| AZ Bonn | 555 |
| AZ Bamberg | 550 |
| AZ Berlin | 543 |
| AZ Trier | 535 |
| DU 4 Berlin | 514 |
| AZ Suhl | 511 |
| AS Berlin | 502 |
| Entscheidungszentrum West | 498 |
| AZ Heidelberg | 496 |
| Entscheidungszentrum Südwest | 495 |
| AZ Chemnitz | 491 |
| AS Düsseldorf | 461 |
| AS Regensburg | 448 |
| AZ Hamburg | 418 |
| AS Deggendorf | 407 |
| AS Schweinfurt | 396 |
| AS Essen | 394 |
| AZ Stern-Buchholz | 384 |
| AZ Eisenhüttenstadt | 383 |
| AZ Dresden | 383 |
| AS Büdingen | 373 |
| AZ Bramsche | 364 |
| AS Eisenhüttenstadt | 361 |
| AZ Mönchengladbach | 357 |
| AZ Lebach | 329 |
| AS Neumünster-Boostedt | 329 |
| AZ Dortmund | 327 |
| AS Ellwangen | 298 |
| AS Augsburg | 298 |
| Entscheidungszentrum Süd | 295 |
| AS Karlsruhe 1 | 285 |
| AS Karlsruhe 2 | 280 |
| AS Trier | 277 |
| AS Kiel | 265 |
| AZ Leipzig | 263 |
| AS Neustadt | 262 |